

- 1 **G-09**
2 **Antragsteller: KV Recklinghausen**
3
4 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
5
6 **Bedarfsgerechte Finanzierung stationärer Einrichtungen**
7 **der Altenhilfe**
8
9 Der Landesparteitag der NRWSPD fordert den Bundes-
10 vorstand und die Bundestagsfraktion der SPD auf, in fol-
11 genden Punkten initiativ zu werden:
- 12 • die juristische Prüfung der Möglichkeit, die Träger-
13 schaft oder den Besitz stationärer Einrichtungen
14 der Altenhilfe durch Aktiengesellschaften zu ver-
15 hindern und die Prüfung von Möglichkeiten zur Be-
16 grenzung der Renditeerwartung seitens der Träger
17 stationärer Altenhilfeeinrichtungen sowie daraus
18 resultierende Gesetzesinitiativen
 - 19 • die konsequente Weiterführung der Politik zur
20 Einführung eines Personalbemessungsinstrumen-
21 tes für die Altenpflege
 - 22 • die konsequente Weiterführung der Politik zur Fest-
23 legung der Allgemeinverbindlichkeit von Tarifver-
24 trägen und die vollständige Refinanzierung der Tar-
25 rifgehälter
 - 26 • die Kontrolle der verbindlichen Einhaltung der Per-
27 sonalbemessung und der Zahlung der Tarifgehälter
28 sowie die spürbare Sanktionierung von Verstößen
29 bis hin zum Entzug der Betriebserlaubnis
 - 30 • die Begrenzung des Eigenanteils für die Betroffenen
31 angesichts der zwangsläufig durch die Realisierung
32 der vorherigen Punkte steigenden Pflegekosten

- 33
34
35 **Begründung**
36
37 • Mit der Einführung der Pflegeversicherung wurde
38 staatlicherseits der Pflegesektor für private Anbieter
39 geöffnet und damit zu einem „Pflegemarkt“
40 gemacht. Das Ergebnis dieser Entwicklung besteht
41 nicht nur darin, dass laut Pflegestatistik 2017 über
42 40% der Pflegeheime privat betrieben wurden. In
43 den letzten Jahren kommt zu dieser Fehlentwick-
44 lung noch dazu, dass Investoren wie Versicherun-
45 gen oder Pensions- und Hedgefonds Pflegeheime
46 als Profit- und Renditeobjekte entdeckt haben (s.
47 Anlage). Nach Angaben des ZDF hat es 2017 einen
48 Rekord bei den Eigentümerwechseln von Heimen
49 gegeben. Dabei wurden 40.000 Plätze und damit in
50 einem Jahr etwa 5% des gesamten Angebotes durch
51 Investoren erworben. Angesichts des in den nächs-
52 ten Jahren bzw. Jahrzehnten steigenden Bedarfs in
53 diesem Bereich ist zu befürchten, dass sich eine
54 solche Tendenz noch verstärken wird. Beratungsfir-
55 men locken Investoren längst mit Renditemöglich-
56 keiten von bis zu acht Prozent.- 57 • Dieser Entwicklung gilt es Einhalt zu gebieten und
58 durch die o.a. Maßnahmen politisch umzusteuern.
59 Pflege im Alter ist nämlich ein existentielles Gut

Empfehlung der Antragskommission:
Annahme

60 von Menschen und Aufgabe öffentlicher Daseins-
61 vorsorge, die nicht dem Gewinnstreben von Unter-
62 nehmen unterworfen werden darf. Das Profitstre-
63 ben stellt nicht nur ein enormes Risiko für Pflege-
64 bedürftige dar, sondern wirkt sich ebenso negativ
65 auf die Arbeitsbedingungen der in den Einrichtun-
66 gen Beschäftigten aus. Verbesserte Arbeitsbedin-
67 gungen durch verbindliche Personalvorgaben und
68 tarifliche Bezahlung stellen zwingend notwendige
69 Schritte zur Behebung des Fachkräftemangels dar.